

# Keine Verhandlungsmasse

## Die Generation Z und der neue Wehrdienst

von Reza Schwarz

Am 5. Dezember 2025 stimmten CDU und SPD mit einer knappen Mehrheit für die Einführung des „Neuen Wehrdienstes“.<sup>1</sup> Sie besiegelten damit das Schicksal einer ganzen Generation junger Menschen, sich dem Interesse des deutschen Staates, der seine sogenannten „freiheitlichen und demokratischen Werte“ mit Waffengewalt verteidigen möchte, hingeben zu müssen. Was vor allem im Jahr 2024 von Verteidigungsminister Boris Pistorius noch als absolut freiwilliger Auswahlwehrdienst für die „Fittesten und am besten Geeigneten“ angepriesen wurde, erodierte im Laufe der Zeit Stück für Stück immer weiter zum Pflichtdienst. Da die Debatte der Bundesregierung in Teilen sehr widersprüchlich und dementsprechend verwirrend geführt wurde, hier einige Beispiele: Die freiwillige Musterung wurde zunächst bis Mitte 2027 begrenzt, um ein „gesundheitliches Lagebild“ aller Wehrpflichtigen zu erhalten.<sup>2</sup> Kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes hieß es plötzlich, dass die Musterungen ab sofort<sup>3</sup> innerhalb von 24 Musterungszentren, die sich jedoch noch im Aufbau befinden, durchgeführt werden sollen.<sup>4</sup> Wenn die Beantwortung des Fragebogens von wehrpflichtigen Männern\* nicht fristgerecht erfolgt, oder „falsche Angaben“ gemacht werden, drohen empfindliche Bußgelder von bis zu 1.000 Euro.<sup>5</sup> Wenn diese Maßnahmen weiterhin nicht ausreichen sollten, um jährlich zunächst mindestens 15.000 Menschen rekrutieren zu können, wird sogar eine Wehrdienst-Lotterie diskutiert, bei der die Ausgelosten gemustert und ggf. für einen mindestens sechsmonatigen Dienst verpflichtet werden.<sup>6</sup> All diese Maßnahmen, die Stück für Stück innerhalb von Möglichkeitsfenstern den Zwang ausgebaut haben, sorgten für hitzige Diskussionen und breite gesellschaftliche Ablehnung.

### Moderne „Hunger Games“ und alte weiße Männer

Laut einer Forsa-Umfrage vom Juni 2025 sind zwar insgesamt nur 37% der Deutschen gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, jedoch lohnt sich an dieser Stelle ein genauerer Blick in demographische Variablen sowie bezüglich der Parteipräferenzen: 61% der 18- bis 29-Jährigen, also die unmittelbar Betroffenen, sind gegen die

Wiedereinführung, bei den 30- bis 44-Jährigen sind es noch 44%, bei den Angehörigen der Generation 60+, also die, die sowieso nicht mehr zu irgendeinem Dienst eingezogen werden können, sind es nur noch 30%, die sich gegen einen neuen Wehrdienst aussprechen. Bezüglich der Parteipräferenzen gibt es auch eindeutige Trends: Ganze 78% der CDU/CSU-Anhänger\*innen sprechen sich für eine Wehrpflicht aus, bei AfD-Anhänger\*innen sind es 71%. Bei Anhänger\*innen der Linken sind es nur noch 34%.<sup>7</sup> Wenn jedoch die Frage gestellt wird, „Einmal angenommen, Deutschland würde militärisch angegriffen: Wären Sie in einem solchen Fall bereit, Deutschland auch selbst mit der Waffe zu verteidigen?“, sind nur noch 17% auf jeden Fall dazu bereit, 60% würden dies hingegen kategorisch ablehnen.<sup>8</sup> Zusammenfassend kann also vorerst festgestellt werden: Ältere Menschen, vor allem wenn die Wahrscheinlichkeit abnimmt, einen Wehr- oder Ersatzdienst leisten zu müssen, sprechen sich mehr als doppelt so häufig dafür aus als junge Erwachsene, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit davon betroffen sein werden. Je rechter und konservativer die politische Einstellung ist, desto wahrscheinlicher ist die Befürwortung des verpflichtenden Wehrdienstes.

Diese junge Generation, für die auch der soziologische Begriff „Generation Z“ verwendet wird, tauscht sich vor allem auf den Sozialen Medien über dieses Thema aus. So gibt es auf TikTok und Instagram einige Videos, die einen Filmausschnitt aus „Die Tribute von Panem – The Hunger Games“ verwenden: Am „Tag der Ernte“ müssen die 18-Jährigen eines Distrikts gesammelt auf einem Platz antreten, anschließend werden aus Loskugeln (eine für Jungen und eine für Mädchen) die Teilnehmenden für die „Hungerspiele“ gezogen. Überschriften in diesen bearbeiteten Videos lauteten oftmals „Deutsche Hungerspiele“ und waren auch teilweise mit Fotomontagen von Boris Pistorius und Friedrich Merz versehen.<sup>9</sup> Im Film gibt es verschiedene Distrikte, die unterschiedlich starke sozio-ökonomische Klassen widerspiegeln und jedes Jahr jeweils einen Jugendlichen zu den Spielen entsenden müssen. Ab dem 12. Lebensjahr erhält ein Kind bis zum 18. Lebensjahr an der Anzahl der Lebensjahre aufsteigende Lose für

die Hungerspiele. In den ärmeren Distrikten können Kinder/Jugendliche „Tesserasteine“ als Verpflegungsgutscheine für ihre Familien erhalten, die aber im Gegenzug als zusätzliche Lose für die Hungerspiele fungieren.<sup>10</sup> Die Zentralmotive des Krieges: „Arme werden gezwungen für die Reichen in den Krieg zu ziehen und ihr Leben zu lassen“, werden hier anhand der Filmhandlung kritisch aufgegriffen und in Beziehung zur aktuellen verteidigungspolitischen Strategie Deutschlands gesetzt.

In der letzten Zeit meldeten sich auch einige „ehemalige Kriegsdienstverweigerer“ wie zum Beispiel der mittlerweile 77-jährige ehemalige grüne Vizekanzler Joschka Fischer zu Wort. Der ehemalige Frankfurter Sponti bezeichnet die Aussetzung der Wehrpflicht als Fehler und sagt mittlerweile, dass er, wenn er jetzt ein junger Mann wäre, sich freiwillig zum Kriegsdienst melden würde. Darüber hinaus hält er die Entwicklung einer „Europäischen Atombombe“ für unterstützenswert.<sup>11</sup> Sein Parteigenosse Robert Habeck pflichtet ihm bei und würde den Kriegsdienst nicht mehr verweigern, wenn er in der heutigen Situation jung wäre.<sup>12</sup>

### Schüler\*innen wehren sich

Parallel zum Tag der Abstimmung des Bundestags über den neuen Wehrdienst gab es bundesweit in über 90 Städten den „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Viele Schüler\*innen sowie deren Eltern und Großeltern gingen an diesem Tag auf die Straße und brachten ihre Wut über den bevorstehenden Zwangsdienst zum Ausdruck. Sie schafften es, dabei eine fundamentale Systemkritik zu formulieren: „Die Unis und Schulen werden kaputtgespart, alles Soziale geht den Bach runter – und alles, was die Kids hören, ist: ‘Hey wir wollen wissen, ob ihr theoretisch mit ‘ner Waffe an die Front gehen könnt‘.“<sup>13</sup> In den neuen Bundesländern kamen wenige Tage vor den Protesten einige Drohgebärden zum Einsatz: Der konservative Deutsche Lehrerverband forderte „erzieherische Maßnahmen“ bis hin zu Schulverweisen bei „unentschuldigtem Fehlen“, die Bildungsministerien Sachsens und Sachsen-Anhalts bezeichneten die Zukunftsängste junger Menschen als „Meinungsausßerung“, welche „außerhalb der Unterrichtszeiten“ wahrgenommen werden sollte.<sup>14</sup>

Auch am Stuttgarter Eschbach-Gymnasium gab es Konsequenzen für das Engagement angehöriger Schüler\*innen. Der Schulleiter weigerte sich, Beurlaubungen für Schüler\*innen an diesem Tag anzuerkennen, versendete einen Elternbrief und initiierte ein einschüchterndes Gespräch einen Tag nach dem Streik. Den Schüler\*innen wurde sogar mit der Verhängung von Bußgeldern und dem Ausschluss aus sämtlichen Schulgremien und Schüler\*innenarbeitsgemeinschaften gedroht, sollten sie nochmals an einem Streik teilnehmen. Darüber hinaus wurde ihnen vorgeworfen, dass sie nur gestreikt hätten, um dem Schulunterricht fernbleiben zu können.<sup>15</sup> Dieses Vorgehen widerspricht jedoch dem, was der jeweilige Schulleiter

auf der Website dieser Schule selbst über das Leitbild schreibt: „In unserem Leitbild heißt es: ‚Unser Ziel ist es, dass sich die Schüler/-innen zu eigenständigen und verantwortlich handelnden Persönlichkeiten entwickeln.‘ Das ist kein Lippenbekenntnis, sondern unser täglicher Auftrag. Wir leben in einer Zeit, in der junge Menschen nicht mehr einfach ‚funktionieren‘ sollen. Sie brauchen die Fähigkeit, Verantwortung für sich selbst, für andere und für unsere Gesellschaft zu übernehmen. Das gelingt nicht durch Druck oder Kontrolle, sondern durch Vertrauen, Mitbestimmung und echte Begegnung.“<sup>16</sup> Anscheinend gibt es auch hier eine Auffassung von „richtigem“ und „falschem“ Engagement, welches belohnt oder sanktioniert wird...

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Bundestag stimmt für neues Wehrdienstgesetz, bundestag.de, 5.12.2025.
- <sup>2</sup> Schwarz, Reza: Der neue Wehrdienst ist da! - Schein-Freiwilligkeit und Verpflichtungs-Falltüren, IMI-Analyse 2025/22, Informationsstelle Militarisation, imi-online.de, 22.8.2025.
- <sup>3</sup> Update: Verpflichtende Musterung für junge Männer ab 2026 – Bundestag beschließt neuen Wehrdienst, tagespiegel.de, 5.12.2025.
- <sup>4</sup> Bergerhoff, Svenja & Dohmeyer Svenja: Post von der Bundeswehr – Wenn der Musterungsbrief im Briefkasten landet, zdfheute.de, 2.2.2026.
- <sup>5</sup> Neues Wehrdienstgesetz – Ignorieren von Fragebogen kann teuer werden, tagesschau.de, 23.12.2025.
- <sup>6</sup> Bundeswehr: Wehrdienst-Lotterie – fair oder nicht?, deutschlandfunk.de, 15.11.2025.
- <sup>7</sup> Umfrage: Sollte die Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt werden? (Nach Parteipräferenz und demografischen Merkmalen), forsa, de.statista.com, Juni 2025.
- <sup>8</sup> Umfrage: Einmal angenommen, Deutschland würde militärisch angegriffen: Wären Sie in einem solchen Fall bereit, Deutschland auch selbst mit der Waffe zu verteidigen?, forsa, de.statista.com, 5.3.2025.
- <sup>9</sup> TikTok Video von „immer\_gemeinsam“, tiktok.com, 24.11.2025; Melcher, Angelika: Wehrpflicht in Deutschland – Bitte lasst die Spiele (nicht) beginnen, Wirtschaftswoche, wiwo.de, 16.10.2025.
- <sup>10</sup> Die Tribute von Panem Fandom: Tag der Ernte, dietributevonpanem.fandom.com.
- <sup>11</sup> Kogelboom, Esther & Wehler-Schöck Anja: Joschka Fischer über die neue Weltlage: „Als junger Mann würde ich mich freiwillig zum Wehrdienst melden“. tagespiegel.de, 29.1.2026.
- <sup>12</sup> Beucker, Pascal: Debatte um Wehrpflicht: Wehret der Pflicht, taz.de, 15.6.2025.
- <sup>13</sup> Piwon, Jacqueline: Gesetz im Bundestag – Bundesweite Proteste gegen den Wehrdienst, tagesschau.de, 5.12.2025.
- <sup>14</sup> Proteste: Lehrerverband warnt Schüler vor „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ während der Unterrichtszeit, mdr.de, 4.12.2025.
- <sup>15</sup> Bußgeld wegen Schulstreik: „Die Schulleitung will weitere Streiks verhindern!“, perspektive-online.net, 4.2.2026; Petition: Keine Bußgelder für die Streikenden am Eschbach-Gymnasium!, change.org, Februar 2026.
- <sup>16</sup> Grußwort der Schulleitung, Eschbach-Gymnasium Stuttgart-Freiberg, eschbach-gymnasium.de.